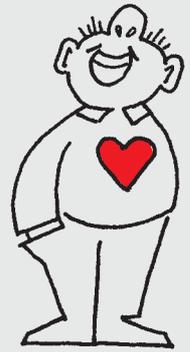


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

9/2013

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Warum DIE LINKE wählen? Auf uns ist Verlass!



Gregor Gysi,
Fraktions-
vorsitzender
im Bundestag

wer regieren und wer opponieren wird.

Meine zweite Bitte können Sie sich schon denken. Geben Sie Ihre Erststimme und Ihre Zweitstimme der Partei DIE LINKE. Mit Ihrer Erststimme wählen Sie die Kandidatin oder den Kandidaten in Ihrem Wahlkreis direkt in den Deutschen Bundestag, sofern sie oder er die meisten Stimmen erhält. Mit der Zweitstimme wählen Sie eine Partei und entscheiden darüber, wie stark sie im künftigen Bundestag vertreten sein wird.

Falls Sie sich noch nicht entschieden haben sollten, ob Sie überhaupt zur Wahl gehen oder wen und welche Partei Sie wählen, möchte ich Sie gern davon überzeugen, Ihre Stimme der LINKEN und somit auch mir zu geben.

In den kommenden Monaten werden die Medien einen sogenannten Lagerwahlkampf inszenieren. Union und FDP gegen SPD und Grüne mit den Hauptdarstellern Angela Merkel und Peer Steinbrück. DIE LINKE wird so gut wie nicht vorkommen, weil sie der große Störenfried bei dieser Inszenierung ist. Einen Lagerwahlkampf kann es jedoch nur geben, wenn sich völlig konträre Positionen gegenüberstehen. Aber diese gibt es zwischen Union, FDP, SPD und Grünen nicht.

Am 22. September 2013 finden die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt. Meine erste Bitte ist: Gehen Sie wählen. Wer nicht wählt, überlässt anderen die Entscheidung darüber, wie sich der neue Bundestag zusammensetzt,

wer regieren und wer opponieren wird.

Alle vier Parteien stimmten gemeinsam für die Euro-Rettungspakete für Banken. Sie sind sich einig bei den Rentenkürzungen und der Rente erst mit 67 Jahren. Alle vier Parteien haben mit ihren Gesetzen für eine Ausweitung von Leiharbeit, Teilzeitarbeit, Minijobs und befristeter Beschäftigung gesorgt und sind für das diskriminierende Hartz IV verantwortlich. Und sie haben gemeinsam die Kampfeinsätze der Bundeswehr vom Kosovo bis Afghanistan beschlossen. Nur DIE LINKE hat sich diesem Einheitsbrei entzogen und als einzige Partei im Deutschen Bundestag dagegen gesprochen und gestimmt. Sätze DIE LINKE nicht im Bundestag, herrschte nur noch diese Konsenssoße.

Nun wollen SPD und Grüne ihre Mitverantwortung für ihre damalige Regierungspolitik vergessen machen und schreiben von uns ab. Damit gestehen sie ein, dass wir in den letzten vier Jahren den Zeitgeist entscheidend mit geprägt und verändert haben. DIE LINKE hat Wirkungen erzielt, ohne zu regieren, weil sie den Interessen und Bedürfnissen von großen Teilen der Bevölkerung ihre Stimme im Parlament gab. Je stärker DIE LINKE im Bundestag – desto sozialer und friedlicher die anderen Parteien und damit das Land.

Einen wirklichen Politikwechsel kann es daher nur mit der LINKEN geben. Auf uns ist Verlass.

Gregor Gysi,
Vorsitzender der Linksfraktion
im Deutschen Bundestag

Spruch des Monats

*»Alle Menschen sind klug.,
Die einen vorher,
die anderen nachher.«*

Mark Twain

**Unsere Direktkandidatin
für den Wahlkreis
Cottbus/Spree-Neiße**



**Birgit
Wöllert**

Eine ehrliche Stimme aus
der Lausitz

DIE LINKE.

**Wenn Sie Birgit Wöllert
persönlich treffen möchten:**

Freitag, 13. September 2013,

10:00 – 16:00 Uhr

Kaufland

**Infostand zur Bundestagswahl
mit Direktkandidatin**

Sonntag, 15. September 2013,

10:00 Uhr

Bürgerzentrum, Kleine Amtstraße 1
Politischer Frühschoppen

**Stellen Sie
Ihre Fragen!**

**Sagen Sie
Ihre Meinung**



Die Kleinstadt wird zum Mittelpunkt der brandenburgischen Politik. Der neue Ministerpräsident Dietmar Woidke kommt aus Forst. Die CDU

ist hochofreut und hat ihm bei der Wahl sogar schon mal ein paar Stimmen zukommen lassen. Aus der pragmatischen Nähe von CDU und SPD in Forst und Spree Neißة soll dann im kommenden Jahr wieder eine Koalition aus hellrot und schwarz in Potsdam entstehen. Bis dahin wird die SPD natürlich den Koalitionsvertrag mit den LINKEN einhalten, aber die Chancen auf eine zukünftige Koalition aus SPD und LINKEN sind deutlich gesunken.

Wie der Kampf um wichtige Posten bei den Sozis funktioniert, kann man gerade in Teltow Fläming sehen. Hier hat die Landtagsabgeordnete der LINKEN Kornelia Wehlan zweimal die Landratswahl gewonnen, aber das Quorum von 15 % aller Wähler nicht erreicht. Nun wählt der dortige Kreistag den Landrat und ganz »überraschend« einigen sich CDU und SPD auf den sozialdemokratischen Bürgermeister aus Senftenberg. Sobald Führungspositionen zu vergeben sind, werden die Reihen rechts von uns immer fest geschlossen.

In der Landespolitik begibt sich der bisherige Ministerpräsident nicht etwa in den Ruhestand, sondern wird auch in der nächsten Legislaturperiode als Geist aus der Vergangenheit durchs Parlament schweben, als immerwährende Kontrolle über den Neuen im Amt. Man stelle sich mal vor, dies hätte Manfred Stolpe 2002 auch so gemacht. Für die Menschen im Land wird aber wichtiger sein, wie sich die Lebensbedingungen in Brandenburg zukünftig entwickeln. Woidke muss nun mit der von ihm nicht geliebten Koalition so arbeiten, dass er 2014 auch die Landtagswahlen gewinnt und dafür sorgen, dass die Erfolge der SPD zugeschrieben werden und die Fehler bei den LINKEN hängen bleiben. Wir müssen aufpassen, dabei nicht auf der Strecke zu bleiben. Wenn wir nicht klar darstellen, wo unsere Leistungen in dieser Koalition stecken, werden wir die Quittung bei kommenden Wahlen bekommen.

Ähnliches gilt auch auf kommunaler Ebene. Ende Mai, also noch vor dem Landtag, werden die kommunalen Parlamente gewählt. Wir werden versuchen, in den kommenden Monaten unsere Bilanz der vergangenen fünf Jahre zu ziehen.

In Forst wird der Jubel über die Besucherzahlen des Rosengartens noch einige Zeit nachklingen, egal wie da gezählt worden ist. Für die Besucher ist es auch ohne Belang, ob die Aufträge für die Rosenschau ordnungsgemäß vergeben wurden oder nicht. Hier steht selbstver-

Zwischen Unten und Oben

ständig die schöne Parkanlage im Mittelpunkt. Für uns als Kommunalpolitiker sieht dies allerdings anders aus. Den Umgang mit öffentlichen Mitteln zu prüfen, ist eine der Aufgaben der Abgeordneten. Leider werden wir als LINKE dabei oft alleingelassen. In einer Zeit, in der die meisten öffentlichen Medien der Region Werbepartner des Rosengartenjubiläums sind, bleibt für inhaltliche Debatten wenig Platz. Aber sie müssen geführt werden, weil eben bei Weitem nicht alles toll war. Eine Anfrage bei der Kommunalaufsicht des Landkreises zur Rechtmäßigkeit der Auftragsvergaben rund um das Rosenjubiläum ist noch nicht abschließend beantwortet. Die vorliegende Zwischeninformation hat den Bürgermeister aber schon in schweres Fahrwasser gebracht. Über die abschließende Bewertung werde ich hoffentlich in der nächsten Ausgabe berichten können.

Der Rosengarten bleibt geografisch leider eine Randerscheinung. Unsere Innenstadt allerdings wartet rund um den Markt auf die Fortsetzung des Abrisses. Erst wenn die jetzt entleerten Platten gefallen sind, wird das ganze

Ausmaß dieser »Stadtplanung« sichtbar sein. Wir werden auch weiter für Umbau statt Abriss kämpfen. Leider sind unsere Erfolge bisher eher bescheiden. Als politische Minderheit braucht man einen langen Atem, den haben wir allerdings.

Noch in diesem Jahr soll die Entscheidung zum Verkauf der Krankenhausanteile fallen. Auch hier werden wir alles versuchen, um öffentliches Eigentum zu erhalten. Wir brauchen dafür das Mitmachen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Wenn Forst ein mehrheitlich privatisiertes Krankenhaus bekommt, ist die öffentliche Kontrolle nur noch Schall und Rauch. Dann liegt die Zukunft der medizinischen Versorgung bei privaten Investoren.

Die nächste Wahl kann somit auch nichts mehr ändern. Gerichtliche Auseinandersetzungen im Nachgang dauern endlos und verändern leider nur wenig. Also informieren Sie sich, verlangen Sie Klartext und lassen Sie sich nicht hinter die Fichte führen.

*Ingo Paeschke,
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
in der SVV Forst*

Stell Dir vor, es sind Wahlen – aber keiner geht hin



Die Bundestagswahl steht vor der Tür. Am 22. September haben wir alle mal wieder die Qual der Wahl. Viele sagen, »Wahlen ändern sowieso nichts!« oder »Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie schon lange verboten!«

Da denke ich ganz anders darüber. Wir als Die LINKE haben als die Außenseiterpartei im Bundestag wenig Spielraum, unsere Ideen gegen die neoliberale Einheitspartei von Union, FDP, SPD und Grünen durchzusetzen. Trotzdem haben wir sehr viel erreicht. Außer der FDP klauen die anderen Parteien unsere Politikideen, und das sogar, ohne dabei ROT zu werden. Ich denke da nur an die alte PDS-Idee des Mindestlohnes.

Ich sehe aber auch den historischen Aspekt. Das aktive wie passive Wahlrecht in Deutschland wurde von beiden Traditionslinien des demokratischen deutschen Parteienspektrums unter großen Opfern erkämpft. Linke, wie bürgerliche Revolutionäre, verloren in diesem Kampf ihr Leben (ja es gab auch mal »bürgerliche« Revolutionäre).

Deswegen sehe ich das aktive Wahlrecht, das Recht, wählen zu dürfen, als demokratisches Recht, aber auch als demokratische Pflicht an.

Es wäre natürlich schön, wenn die Wählerinnen und Wähler in Forst und Umgebung ihre Kreuzchen bei Birgit Wöllert und der Partei Die LINKE machen.

Aber so vermessen bin ich auch wieder nicht, zu denken, dass Die LINKE mit ihren politischen Ansätzen und Angeboten alle Wähler erreichen könnte.

Trotzdem rufe ich Sie auf, nutzen Sie ihr demokratisches Recht und Ihre demokratische Pflicht und gehen Sie wählen!

*Karsten Fedrich,
Vorsitzender des Ortsvorstands
DIE LINKE. Forst*

Aufgabe mit imaginären Größen:

1 sozialdemokratische Partei hat in 8 Jahren 0 Erfolge. In wie viel Jahren merkt sie, dass ihre Taktik verfehlt ist?

*Kurt Tucholsky
als Kaspar Hauser*

*Die Weltbühne, 31.08.1926, Nr. 35,
S. 355, wieder in: »Deutschland,
Deutschland«.*

Wirtschaftliche Erholung auf Sand gebaut

»Nicht der breiten Masse der Menschen in Deutschland geht es offenbar zu gut, sondern Bundesfinanzminister Schäuble und Wirtschaftsminister Rösler, wenn sie von einem stabilen, von der Binnen-nachfrage getragenen Aufschwung reden«, kommentiert Sahra Wagenknecht den Beschluss des Bundeskabinetts zur finanziellen Lage des Bundes und zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und Spitzenkandidatin ihrer Partei in Nordrhein-Westfalen weiter:

»Die Realität der Menschen in Deutschland wird von der Bundesregierung offen-

bar nicht mehr zur Kenntnis genommen. 1,3 Millionen Beschäftigte, die trotz Arbeit Hartz IV beantragen müssen, oder knapp drei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denen eine Beschäftigung zum Leben nicht mehr reicht und die deswegen einen Zweitjob benötigen, werden durch die 'Deutschland geht es gut'-Sprüche von Merkel und ihren Ministern verhöhnt. Die aktuellen Zahlen für das zweite Quartal 2013 zeigen, dass die Nettolöhne je Arbeitnehmer real leicht gesunken sind. Im Gegensatz dazu haben die Unternehmens- und Vermögenseinkommen real stark zugenommen. Mit einer fortgesetzten Klientelpolitik der Bundes-

regierung zugunsten von Reichen und großen Konzernen ist ein solider Wirtschaftsaufschwung nicht zu erreichen.

DIE LINKE fordert eine steuerliche Entlastung aller Einkommen bis 6.000 Euro brutto im Monat, einen Mindestlohn von zehn Euro, die Abschaffung des Hartz-IV-Zwangssystems und ein Verbot der Leiharbeit. Außerdem soll ein Zukunftsprogramm für den sozial-ökologischen Umbau im Umfang von 100 Milliarden Euro jährlich umgesetzt werden. Mit einer Millionärssteuer lassen sich diese sinnvollen Investitionen in die Zukunft ohne höhere Neuverschuldung finanzieren.«

28.08.2013

Begabt, aber arm

Eingeladen von Dagmar Enkelmann las Autorin Nicole Glocke aus ihrem Buch »Wir Kinder von Hartz IV«

Welche Erfahrungen begabte Kinder in von Hartz IV betroffenen Familien machen – davon erzählt Nicole Glocke in ihrem jüngst erschienenen Buch »Wir Kinder von Hartz IV«.

In ihrem Buch stellt Nicole Glocke drei Familien vor, in denen begabte Kinder leben und die allen Willen haben, aus ihrer schwierigen sozialen Situation herauszukommen. Wie das gelingen kann und was die Kinder, die Eltern und der Staat dazu tun könnte, das interessiert die Autorin. Es sei gar nicht so einfach gewesen, entsprechend bereitwillige Familien zu finden, erzählt sie. Klar ist, dass die Kinder es nicht allein schaffen können. Die Eltern müssen hinter ihrem Kind stehen, diesem Mut machen. Mitunter aber ist, wie in einem Fall, auch das Angebot einer vermögenden Gönnerin, die Tochter eine höhere Schule besuchen zu lassen, nicht wirklich ein Ausweg. Letztend-

lich nimmt das Kind dieses Angebot nicht an oder kann es nicht annehmen. In einer zweiten Familie, diesmal mit Migrationshintergrund, bekam die Tochter keine Empfehlung für den Besuch eines Gymnasiums, weil der geforderte Notendurchschnitt um 0,1 verpasst wurde. Hier kämpften die Eltern mit und für die Tochter vor der Schulleitung um die Empfehlung. Das Probejahr am Gymnasium schaffte die Tochter dann. Diese beiden Beispiele, so Glocke, und auch viele Gespräche mit betroffenen Familien haben ihr gezeigt, dass es nicht nur die finanzielle Situation ist, die den Zugang zu Bildung erschwert. Im Kern gehe es darum, das Bildungssystem so zu gestalten, dass alle Kinder die gleichen Chancen hätten, sich Bildung anzueignen, unabhängig vom Bundesland oder dem Geldbeutel der Eltern, zog Dagmar Enkelmann ihr Fazit.

Es reicht nicht, den Ausschuss zu loben

Der Untersuchungsausschuss des Bundestages hat gestern seinen Abschlussbericht veröffentlicht. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der LINKEN und im Untersuchungsausschuss:

Die gemeinsamen und weitergehenden Empfehlungen des Ausschusses und einzelner Fraktionen sind dringend.

Keine Regierung, nicht in den Ländern, nicht im Bund, unterliegt einer Wartepflicht, sie zu prüfen und umzusetzen. Dazu gehört übrigens auch, dass die Bundesregierung die Statistik über Opfer rassistischer Morde noch immer klein schreibt.

Zum Kern des Versagens beim NSU-De-saster gehören rassistische Vorbehalte, in Behörden, in Gesetzen, in der Praxis. Es reicht daher nicht, wohlwollend den Untersuchungsausschuss zu loben.

Er sollte vielmehr ernst genommen werden.

23.08.2013

»Eine Kettenreaktion, aus der wir nicht wieder herauskommen«

Der zweijährige Bürgerkrieg in Syrien droht, durch einen Militärschlag der USA, völlig zu eskalieren

Gregor Gysi warnt vor einem Übergreifen des Konflikts auf Länder wie die Türkei oder Israel.

Der Fraktionsvorsitzende erneuerte seine Forderung, die Verantwortlichen für den Giftgaseinsatz zu ermitteln und vor dem internationalen Strafgerichtshof zur Verantwortung zu ziehen. Ein militärisches Eingreifen sei aber eine »völlig falsche Reaktion«, so Gysi. Auch Außenpolitiker Stefan Liebich glaubt, »das Letzte, was die Menschen in Syrien jetzt brauchen, ist ein militärisches Eingreifen von außen, denn aus meiner Sicht wird das Leid der Zivilbevölkerung dadurch nicht verringert, sondern im schlimmsten Fall vergrößert.«

Im Deutschlandfunk-Interview verweist Liebich darauf, dass der Krieg nicht erst stattfindet, »wenn die Vereinigten Staa-

ten eingreifen, der läuft ja schon seit zwei Jahren: Man muss ein Waffenembargo verhängen. Es kann nicht sein, dass die Freie Syrische Armee ausgerüstet wird, dass Assad von Russland ausgerüstet wird und immer mehr Waffen in das Land kommen. Ich denke, das muss gestoppt werden, und der UN-Sicherheitsrat muss dann endlich seine Verantwortung wahrnehmen, seine Spielchen beenden, sich für eine gemeinsame Friedenskonferenz unter Führung von Russland und den Vereinigten Staaten einsetzen – alles das würde den Leuten mehr helfen, als jetzt ein Bombardement zu starten.«

Jan van Aken fordert die Bundesregierung auf, Bundeswehr und Patriot-Raketen sofort aus der Türkei abzuziehen. »Deutschland darf sich nicht militärisch

an diesem Konflikt beteiligen«, begründet der außenpolitische Sprecher der Linksfraktion sein Appell. »Ansonsten besteht die Gefahr, direkt in einen Flächenbrand im Nahen Osten hineingezogen zu werden. Wer sich jetzt einer Koalition der Willigen anschließt und einen militärischen Angriff auf Syrien indirekt oder direkt unterstützt, stellt die Vereinten Nationen ins Abseits, deren Aufgabe die Aufklärung des vermuteten Giftgaseinsatzes ist«, so van Aken.

Für Gregor Gysi wäre es aus historischen Gründen eine Katastrophe, wenn Deutschland zur Kriegspartei im Nahen Osten werden würde. »Wir brauchen eine politische Lösung und deshalb muss Deutschland ganz klar Nein zu einem Militärschlag sagen«, adressiert Gysi an Kanzlerin Merkel.

29.08.2013

Newsletter

Nicht noch eine Aufgabe, die der Verfassungsschutz weder kann noch darf

»Die Pläne des Bundesfinanzministeriums, mit Hilfe des Verfassungsschutzes dem Fiskus unbekannte Einkünfte von Bürgern zu melden, sind der falsche Weg. Was wir brauchen ist eine Bundesfinanzpolizei«, so Dietmar Bartsch, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN. Bartsch weiter:

»Steuerhinterziehung ist dank lascher Gesetze, fehlender Steuererfahnder und des Desinteresses der herrschenden Politik zu einem Kavaliärsdelikt geworden. Die Masche ist oft dieselbe: Vor allem Vermögende und Unternehmen prellen den Staat um Milliarden Euro mit Nummernkonten in der Schweiz, Stiftungen im Ausland und durch Steueroasen in Übersee. Das Bundesfinanzministerium will nun mit Hilfe des Verfassungsschutzes Unterhaltsfragen bei Scheidungsverfahren überprüfen, Nachlassstreitigkeiten ausspionieren oder auch bei Arbeitsagenturen, Sozialversicherungsträgern oder beim Ausländer-Zentralregister 'steuerlich relevante Fallgestaltungen' erkunden.

Ausgerechnet den Verfassungsschutz dazu heranzuziehen, ist nicht nur rechtlich bedenklich. Es ist ein durchsichtiger Versuch, den mit der NSU-Affäre erneut massiv in die Kritik geratenen Dienst aufzuwerten. Vor allem aber ist es der falsche Weg und es gibt bessere Lösungen.

DIE LINKE fordert seit langem eine 'Bundesfinanzpolizei'. Sie soll dem Finanzministerium unterstellt sein. Zusätzliche Verstärkung soll diese neue Einheit von Bundespolizei und Bundeskriminalamt erhalten. Die dort teilweise unabhängig

voneinander arbeitenden Ermittler für Wirtschafts- und Finanzkriminalität sollen ihre Kräfte in der neuen Bundesfinanzpolizei bündeln. Der Vorteil: Das bisherige Neben- und Durcheinander von Ermittlungen wird beendet, und alle Kräfte kommen koordiniert zum Einsatz.« 21.08.2013

Strompreisabzocke stoppen und Privathaushalte entlasten

»Energiepolitik absurd: Während der Strompreis an der Börse sinkt, müssen die privaten Haushalte immer mehr zahlen. Gleichzeitig wird eine steigende Zahl von Unternehmen bei den Stromkosten privilegiert, der Bundesumweltminister aber schwadroniert erneut von der Strompreisbremse, die nun nach der Bundestagswahl kommen soll. Das ist Energiepolitik auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Es gilt, den Anstieg der Strompreise endlich zu stoppen«, fordert die 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, Dagmar Enkelmann, angesichts aktueller Berechnungen des BUND, denen zufolge eine vierköpfige Familie 2013 mit zusätzlichen Stromkosten von fast 70 Euro und 2014 von fast 80 Euro rechnen muss. Enkelmann weiter:

»Als Sofortmaßnahme muss die Bundesregierung die Stromsteuer senken und den Haushalten wenigstens die steuerlichen Mehreinnahmen zurückgeben, die sie bei steigenden Preisen quasi automatisch über die Mehrwertsteuer erzielt. Zugleich sind die milliardenschweren Entlastungen der Wirtschaft bei der EEG-Umlage, den Netzentgelten und anderen Kosten deutlich zusammenzuziehen. Es ist nicht einzusehen, dass Familien, Rentner und Studenten Unternehmen subventionieren, die sich dank lascher politischer Vorgaben zu umlagebefreiten Großverbrauchern hochrechnen. Diese Abzocke ist unsozial und unökologisch.« 12.08.2013

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22
 Di., 10.09.: 18:30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
 Di., 17.09.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
 Mo., 07.10.: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**
 So., 22.09.: 18:00 Uhr
Wahlparty in der Gaststätte »HundeHütte«
 Nächste Treffs »Linksrum«:
 am 26.09. um 18:30 Uhr
 in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Nachhaltig

Der Internationale Währungsfond hat Deutschland geraten, als Konjunkturmotor zu wirken und es mit dem Sparen nicht zu übertreiben. »Keine Sorge«, so Wolfgang Schäuble, »bei den Euro-Hawks waren wir nun wirklich nicht knauserig!« EW

Geburtstag

13.09.: 86 Jahre Helmut Mucha
 14.09.: 73 Jahre Horst Meißner
 18.09.: 63 Jahre Giesela Berth
 19.09.: 84 Jahre Elfriede Koch
 04.10.: 94 Jahre Käte Günther

*Herzlichen Glückwunsch,
 unseren Jubilaren, auch all jenen,
 die hier nicht genannt sind!*

Rechtsberatung

am **Sonnabend, dem 28.09.13**,
 ab 14 Uhr in der
 Geschäftsstelle der LINKEN,
 Berliner Straße 22, Forst.
Terminvereinbarung
 telefonisch (78 52) oder persönlich jeweils
 Mo. 10 – 14 Uhr, Di. u. Do. 9 – 12 u. 14 – 17 Uhr

Dementi

Ein Sprecher der NSA antwortete auf die Journalistenfrage, ob auch die deutsche Bundesregierung ausgespioniert worden sei: »Wozu? Die wissen doch nichts.« OL

Gesicherte Daten

In Deutschland gab es einige Wochen lang erhebliche Zweifel an der Statistik über neu geschaffene Kita-Plätze, die die Ministerin Schröder vorgelegt hatte. Aus den USA kam aber jetzt Entwarnung: Alle Daten stimmen. OL

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Karsten Fedrich

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.